

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Schweizerische Bundeskanzlei  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Bern, 15.04.2024  
BPR\_Abstimmungen / MZ

Elektronischer Versand: [spr@bk.admin.ch](mailto:spr@bk.admin.ch)

## Änderungen des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR) und der Verordnung über die politischen Rechte (VPR) Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Mit der vorliegenden Vorlage wird der Revisionsbedarf im Bereich der politischen Rechte berücksichtigt, welcher durch überwiesene parlamentarische Vorstösse und teilweise veränderten Rahmenbedingungen besteht. FDP.Die Liberalen unterstützt die Änderungsvorschläge grundsätzlich mit folgenden Anmerkungen:

- › **Bundesratskompetenzen (Mo. Rieder 20.3419)**: Die neuen bundesrätlichen Kompetenzregelungen (Absage bzw. Verschiebung einer Volksabstimmung) tragen dazu bei der Ausübung der politischen Rechte in Krisenzeiten zu schützen, Einsatz von Notrecht zu verringern und unser System krisenresistent zu machen. Für die FDP ist unbestritten, dass die demokratischen Grundrechte stets zu wahren sind. Wenn hochstehende Interessen eine Einschränkung fordern, ist es unumgänglich diese gesetzlich festzuhalten und so für Rechtssicherheit zu sorgen.
- › **Rechtsweg Beschwerdeverfahren (Mo. Stöckli 22.3933)**: Aufgrund wiederholter verfahrensrechtlicher Unzugänglichkeiten und den vielen kantonalen Nichteintretensentscheide wird vorgeschlagen, den Rechtsweg dahingehend anzupassen, dass künftig in bestimmten Fällen auch eine direkte Beschwerde an das Bundesgericht möglich sein soll. Der heutige Umweg über die Kantonsregierung ist für die FDP völlig unnötig und führt zu einem bürokratischen Zeitverlust im Verfahren.
- › **Abstimmungsschablonen (Mo. SPK-N 22.3371)**: Mittels dieser pragmatischen Änderung wird sehbehinderte und blinde Menschen künftig das selbstständige Ausfüllen des Stimmzettels bei eidgenössischen Abstimmungen ohne Beizug Dritter ermöglicht. Auf diesem Weg kann das Stimmgeheimnis dieser Personengruppen gewahrt werden. Die FDP unterstützt diesen Einsatz zum Wohle unseres direktdemokratischen Systems, fordert aber schnellstmöglich die Implementierung des E-Votings, damit die Barrierefreiheit auch bei Wahlen gewährleistet wird. Ausserdem plädiert die FDP dafür, dass auch die Stimmrechtsausweise so auszugestaltet sind, dass ein autonomes Abstimmen gesichert wird.
- › **Technische Hilfsmittel**: Des Weiteren werden rechtliche Grundsätze für den Einsatz von technischem Hilfsmittel bei der Ergebnisermittlung (bspw. E-Counting) vorgeschlagen. Auch diese Änderung wird von uns unterstützt, da es ein einheitliches, sicheres und zeitgerechtes Verfahren garantiert.
- › **Blanko-Abstimmungstermine**: Zuletzt werden Anpassungen an den Bestimmungsregeln der Blanko-Abstimmungstermine des Bundes vorgeschlagen. Die Verschiebung der Termine schafft Planungssicherheit. Die zusätzliche Zeit wird der Partei und der Kampagnenführung ermöglichen, die Stimmberechtigten besser über die Vorlagen zu informieren.

Wir danken Ihnen, für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart  
Ständerat

Der Generalsekretär



Jon Fanzun